



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Antrag Nr. 15/252

öffentlich

Datum: 30.09.2025
Antragsteller: CDU, SPD

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	02.10.2025	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	06.10.2025	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Überplanmäßige Aufwendungen in den Produktgruppen des Dezernates Soziales im Jahr 2025

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- die durch die VV AG EGH identifizierten Handlungsfelder unmittelbar und konsequent anzugehen mit dem Ziel, die damit verbundenen finanziellen Effekte zu realisieren. Die für die Realisierung notwendigen Maßnahmen sind der Vertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.
- die VV AG EGH fortzusetzen mit dem Ziel, strukturiert sämtliche Leistungsgruppen in den betroffenen Dezernaten – d.h. auch über die Eingliederungshilfeleistungen hinaus – nach Optimierungspotenzialen zu überprüfen;
- solche Digitalisierungsmaßnahmen im Bereich der EGH fokussiert voran zu bringen, durch die gezielt weitere Einsparpotentiale realisiert werden können.

Ergebnis:

Entsprechend Beschlussvorschlag beschlossen.

Begründung:

Die Vorlage 15/3370 macht einmal mehr deutlich, dass die bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen nicht ausreichend sind, um der Finanzentwicklung entgegenzuwirken und nachhaltig die sich abzeichnenden Planüberschreitungen aufzufangen. Im Sinne der bestehenden Auftragslage für die Verwaltung aus der Landschaftsversammlung

vom 25.02.2025 (Antrag 15/232) erwartet die Koalition aus CDU und SPD in der Landschaftsversammlung weitergehende Konsolidierungsanstrengungen und –vorschläge.

Im Landschaftsausschuss am 02.09.2025 hat die Verwaltung hierzu ausgeführt, dass sie als Zwischenergebnis der sogenannten VV AG EGH ein kurzfristiges Maßnahmenpaket umsetzt und überdies Auffälligkeiten in teuren Fallkonstellationen (z.B. Beförderungskosten zu WfbM) bestehen, die als nicht angemessen dargestellt wurden. Die damit einhergehende potenzielle finanzielle Bedeutung wurde seitens der Verwaltung auf einen erheblichen Betrag beziffert.

Vor dem Hintergrund des Rücksichtnahmegebots auf die Mitgliedskörperschaften, die angespannte kommunale Finanzlage, dem Haushaltsbegleitbeschluss der Koalition aus CDU und SPD (Antrag 15/232), dem eingeschlagenen Konsolidierungspfad im LVR, der stark dynamisch steigenden Sozialtransferaufwendungen im LVR und der sich in erheblichem negativem Umfang abzeichnenden Planüberschreitungen vor allem im Bereich des Dezernats Soziales erbittet die Koalition aus CDU und SPD in der Landschaftsversammlung alsbald entsprechende Vorschläge.

Frank Boss

Thomas Böll